

## **„Wir müssen schneller und kostengünstiger bauen“**

- **„Baulandpolitischem Grundsatzbeschluss“ müssen Taten folgen**
- **Vom angestrebten Kostenvorteil sollen Käufer und Mieter profitieren**

**BRAUNSCHWEIG (20. April 2021).** Eine strukturierte und konsequente Baulandpolitik, wie sie die Stadtverwaltung mit ihrem „baulandpolitischen Grundsatzbeschluss“ endlich auf den Weg gebracht hat, sieht die CDU-Ratsfraktion als grundsätzlich richtig an. „Einem Grundsatzbeschluss müssen aber konkrete Taten folgen, sonst bleibt er nicht mehr als eine Vision“, sagt Björn Hinrichs, planungspolitischer Sprecher der CDU-Ratsfraktion. Unter Oberbürgermeister Dr. Gert Hoffmann und der damals von der CDU geführten Ratsmehrheit war bereits in den 2000er Jahren eine umfangreiche Baulandoffensive gestartet und erfolgreich umgesetzt worden.

In den 1990er Jahren hatte Braunschweig unter nicht unerheblicher Abwanderung, insbesondere jüngerer Familien, ins Umland gelitten, weil die Vorgängerverwaltung frühzeitige Weichenstellungen verpasst hatte. Es fehlten Bauplätze und Wohnraum zu angemessenen Preisen. „Dieses Dilemma droht Braunschweig jetzt erneut, wenn es nicht gelingt, schneller und kostengünstiger zu bauen. Deswegen haben wir dem baulandpolitischen Grundsatzbeschluss zugestimmt. Wir werden den Druck jetzt hoch halten, dass er auch in die Umsetzung kommt“, kündigt Hinrichs an.

Selbstkritisch müssten sich, so Hinrichs, Politik und Verwaltung eingestehen, dass sie bisher den Königsweg aus der aktuellen Situation mit explodierenden Bauland- und Mietpreisen in der Stadt noch nicht gefunden hätten. „Wir müssen aber gewährleisten, dass sich die Polizistin und der Krankenpfleger, die tagtäglich für unsere

Sicherheit sorgen, noch in der Lage sind, in Braunschweig zu wohnen. Deswegen erwarten wir zum Beispiel, dass der angestrebte Kostenvorteil beim Flächenerwerb durch die Stadt später auch an die Käuferinnen und Käufer des Baulands, an die Polizistin oder den Krankenpfleger, gegebenenfalls gestaffelt nach sozialen Kriterien, durchgereicht wird“, fordert Björn Hinrichs.

Aus Sicht der CDU-Ratsfraktion gibt der „baulandpolitische Grundsatzbeschluss“ lediglich einen groben Rahmen vor, der nun dezidiert ausgearbeitet werden muss. „Wir erkennen die Willensbekundung an, aber um Bürgerinnen und Bürgern wirklich bezahlbaren oder besser bezahlbareren Wohnraum zu ermöglichen, bedarf es mehr. Unklar ist, wie die Stadt ihre vollmundig formulierten Ziele tatsächlich erreichen will. Wir befürchten ein bürokratisches Monster, das wäre jedoch kontraproduktiv. Zu viele Reglementierungen würden zu nachlassender Baudynamik führen“, meint der planungspolitische Sprecher der CDU-Ratsfraktion.

Aus seiner Sicht sind zügige Folgebeschlüsse erforderlich, wenn der „baulandpolitische Grundsatzbeschluss“ auch in näherer Zukunft bereits messbare Erfolge nach sich ziehen soll. Wichtig sei vor allem, durch beschleunigte und vereinfachte Verfahren für Bau-schaffende und Projektentwickler bürokratische Hürden abzubauen. Dafür ist es für die CDU-Ratsfraktion unabdingbar, die Geschwindigkeit im Rahmen der Digitalisierung von Bauplanungs- und Baugenehmigungsprozessen deutlich zu erhöhen.

**Kontakt:**

Thorsten Köster  
Vorsitzender der CDU-Ratsfraktion Braunschweig  
Platz der Deutschen Einheit 1  
38100 Braunschweig

Tel.: 0531 - 470 3800

Mobil: 0175 - 8305 459

E-Mail: [thorsten.koester@braunschweig.de](mailto:thorsten.koester@braunschweig.de)

Internet: [www.cdu-bs.de](http://www.cdu-bs.de)

Facebook: [www.facebook.com/CDUFraktionBS](https://www.facebook.com/CDUFraktionBS)